

### Review Article: Solidarität mit dem südlichen Afrika: Perspektiven aus Skandinavien

Kössler, Reinhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kössler, R. (2003). Review Article: Solidarität mit dem südlichen Afrika: Perspektiven aus Skandinavien. *Afrika Spectrum*, 38(2), 267-272. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-119649>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Review Article

Reinhard Kössler

### Solidarität mit dem südlichen Afrika – Perspektiven aus Skandinavien

Tore Linné Eriksen (Hg.): *Norway and National Liberation in Southern Africa*. Uppsala: Nordiska Africa Institutet 2000, 416 S.

Tor Sellström: *Sweden and National Liberation in Southern Africa*. Bd. I: Formation of a popular opinion 1950-1970. Uppsala: Nordiska Africa Institutet 1999, 541 S.

Tor Sellström: *Sweden and National Liberation in Southern Africa*. Bd. II: Solidarity and Assistance 1970-1994. Uppsala: Nordiska Africa Institutet 2002, 912 S.

Tor Sellström (Hg.): *Liberation in Southern Africa. Regional and Swedish Voices*. Uppsala: Nordiska Africa Institutet 2002 (1999), 365 S.

Ilina Soiri, Pekka Peltola: *Finland and National Liberation in Southern Africa*. Uppsala: Nordiska Africa Institutet 1999, 213 S.

Wer immer während der letzten Jahrzehnte etwas intensiver mit Solidaritätsarbeit nicht nur mit dem Südlichen Afrika zu tun gehabt hat, konnte sich schwerlich des Eindrucks erwehren, dass es nicht in allen westlichen Ländern so zugeing wie in der Bundesrepublik, wo die Parteinahme gegen Kolonialismus und Apartheid und für nationale Befreiung mitunter zwar respektiert, zumeist aber an den Rand gedrängt und gelegentlich sogar kriminalisiert wurde. Dafür, dass auch anderes möglich war, stand schon Mitte der 1960er Jahre das Bild eines veritablen Ministers, der sich an einer Demonstration gegen den US-Krieg in Vietnam auf den Straßen Stockholms beteiligte. Schon die Tatsache massiver staatlicher Unterstützung, die von skandinavischen Ländern mit unterschiedlicher Intensität seit Anfang oder Mitte der 1970er Jahre an die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika geleistet wurde, verdient daher als Kontrast zur eigenen gesellschaftlichen Erfahrung unsere Aufmerksamkeit. Sozialwissenschaftliche Neugier muss die weitergehende Frage auslösen, wie eine solche Politik zu erklären ist, die sich offensichtlich auf breite Zustimmung stützen konnte, ja zur Legitimitätsquelle von Regierungen wurde. Darüber hinaus bildet die Kooperation oder Auseinandersetzung sämtlicher repräsentativer Organisationen und der meisten politischen Figuren, die im Südlichen Afrika während der letzten Jahrzehnte eine Rolle gespielt haben, eine nicht zu unterschätzende Folie für das Verständnis der Umwälzungen, die den Versuch zur Bewahrung und Verteidigung kolonialer und rassistischer Herrschaftsformen im Süden des Kontinents letztlich zum Scheitern gebracht haben. Zwar wird in sämtlichen der anzuzeigenden Arbeiten betont, die eigentliche Geschichte der Befreiungsbewegungen zu schreiben, sei Sache der Historikerinnen und Historiker der jeweiligen Länder; schon weil damit in absehbarer Zeit zumindest nicht in allen Fällen zu rechnen sein wird, sind die vorliegenden Beiträge gerade auch in dieser Hinsicht von großer Bedeutung. Das gilt umso mehr, als den offiziell geförderten Projekten Zugang zu amtlichen, seinerzeit vertraulichen oder geheimen Unterlagen lange vor dem Ablauf der üblichen Sperrfrist gewährt wurde.

Die Einzelbände des von Tor Sellström koordinierten Gesamtprojektes – der Band zu Dänemark steht noch aus – sind nicht nur dem Umfang nach sehr unterschiedlich ausgefallen. Sellström, der

selbst lange Jahre für die wichtigste schwedische *Funding Agency* SIDA im Südlichen Afrika gearbeitet hat, liefert mit zwei wahrhaft monumental zu nennenden Bänden sicherlich das Herzstück des gesamten Vorhabens. Sie werden durch einen Band ergänzt, in dem 82 Interviews mit einem breiten Spektrum politischer Akteure aus dem Südlichen Afrika und Schweden dokumentiert sind. Auch thematisch wichtige Ergänzungen ermöglicht das als Sammelband deutlich anders organisierte norwegische Unternehmen, und auch die Darstellung der finnischen Erfahrung eröffnet einige zusätzliche Perspektiven. Die beteiligten nordischen Länder erscheinen so auch nicht als unterschiedslose Einheit, vielmehr werden deutliche Nuancen erkennbar, was den Zeitpunkt und die Intensität des gesellschaftlichen Interesses und des öffentlichen Engagements ebenso wie die Schwerpunkte im Hinblick auf einzelne Länder und teilweise auch Organisationen innerhalb der Befreiungsbewegungen angeht.

Die beiden Bände von Sellström über Schweden liefern zugleich einen Bezugsrahmen. In zuweilen erdrückender Detailfülle schildert er zunächst, wie sich in den 1950er und 1960er Jahre ein starkes öffentliches Interesse am Südlichen Afrika, verbunden mit entschiedener Ablehnung des Apartheidsystems herausbildete. Dabei spielten die Berichte von Missionaren und einzelner reisender Journalisten eine wichtige Rolle. Das Massaker von Sharpeville und die verschärfte Repression in Südafrika und Namibia zu Beginn der 1960er Jahre sowie die Ankunft einer Reihe von Studenten aus der Region, die auf schwedische Initiative mit Stipendien ausgestattet wurden und zugleich als Repräsentanten ihrer Organisationen auftraten, führten zu verstärkter öffentlicher Aufmerksamkeit. Zuvor schon hatte der Entzug von Studienmöglichkeiten für Schwarze in Südafrika zu kleineren Hilfsaktionen in studentischen Kreisen geführt. Aber auch die Erlebnisse schwedischer Seeleute, die in südafrikanischen Häfen mit der *Immorality Act* in Konflikt kamen und einer prominenten Autorin, die 1960 ebenfalls von den südafrikanischen Behörden mit solchen Vorwürfen konfrontiert wurde, wirkten offensichtlich meinungsbildend. Seit Anfang der 1960er Jahre kam es überdies zu ersten Boykottinitiativen, die auch von den Konsumkooperativen mit getragen wurden. Auf Kundgebungen zum 1. Mai traten häufig Vertreter von Befreiungsbewegungen zunächst aus Namibia und Südafrika auf. In diese Zeit fielen ebenfalls erste Ansätze zur Bildung regionalspezifischer Komitees. Einen wesentlichen Anstoß bedeutete weiter die auf schwedische Initiative mit zurückgehende Verleihung des Friedensnobelpreises 1961 an den damaligen Präsidenten des südafrikanischen ANC, Albert Luthuli. Hinzu kamen erste Besuche prominenter Vertreter von Befreiungsbewegungen wie Oliver Tambo vom ANC oder des ersten Präsidenten von FRELIMO, Eduardo Mondlane.

Diese und andere Kontakte führten zu ersten Anfragen über staatliche Unterstützung, die über die bereits Anfang der 1960er Jahre einsetzende Förderung von asylsuchenden Studenten hinaus ging. Das galt besonders für das Moçambique Institute, das in Dar es Salaam unter Leitung von Janet Mondlane zunächst mit Mitteln der Ford Foundation gegründet worden war und wo Schweden einsprang, als diese Förderung auf politischen Druck hin eingestellt wurde. Insgesamt kam es Mitte der 1960er Jahre zu einer deutlichen Schwerpunktverlagerung: Zum einen zog der Vietnamkrieg immer mehr Aufmerksamkeit und Engagement auf sich, zum anderen wurde damit das Bild der Befreiungsbewegung transportiert, die bereits über „befreite Gebiete“ verfügt und dem Anspruch nach dort die gesellschaftlichen Verhältnisse bereits vorwegnimmt, die nach ihrem militärischen Sieg im ganzen Land etabliert werden sollen. Diesem Bild entsprachen in Afrika vor allem die Bewegungen in den damaligen portugiesischen Kolonien, wobei neben FRELIMO vor allem dem PAIGC und seinem Präsidenten Amilcar Cabral ungeachtet der geringen Größe von Guinea Bissau und seiner geographischen Lage im äußersten Westen Afrikas eine besondere Bedeutung zukam. Diese Akzentverschiebung führte einerseits dazu, dass eine Reihe von Organisationsansätzen in Schweden zum Erliegen kam, bis Anfang der 1970er Jahre eine „neue Generation“ der Solidaritätsbewegung einsetzte. Andererseits traten die Kämpfe in den portugiesischen Kolonien stark in den Vordergrund, während sich in Südafrika das Apartheidsregime durch

seine brutale Repressionspolitik konsolidieren konnte und befreite Gebiete im Süden des Kontinents sowohl aus geographischen Gründen wie aufgrund wesentlich höherer Urbanisierung immer eher unrealistisch erschienen.

Für die staatliche Politik nicht nur Schwedens spielte weiter die strategische Grundausrichtung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) eine wesentliche Rolle, die nach Art einer Domino-Theorie davon ausging, dass zunächst die Kolonialherrschaft Portugals beseitigt werden müsse, worauf die Befreiung Zimbabwes, Namibias und zuletzt Südafrikas zu folgen habe. All dies kann aber nicht das zentrale Thema dieses ersten Bandes relativieren: die Herstellung eines weitgehend unumstrittenen gesellschaftlichen Konsenses über die Notwendigkeit der Solidarität mit den Befreiungskämpfen im Südlichen Afrika. Wie nicht zuletzt einige der Materialien des Interview-Bandes noch einmal unterstreichen, entzogen sich diese Prozesse weitgehend einer Interpretation entlang einem simplen Rechts-Links-Schema. Vielmehr gingen im parteipolitischen Spektrum zahlreiche Initiativen weniger von der regierenden Sozialdemokratie als vielmehr von den Oppositionsparteien der Liberalen und des Zentrums aus. Das galt für die Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika ebenso wie für frühe Initiativen zur offiziellen und direkten Unterstützung von Befreiungsbewegungen. Hinzu kam gerade auf dieser Ebene auch die Forderung nach einem Ausschluss Portugals aus der Freihandelszone EFTA. Die Sozialdemokraten sahen sich dagegen offenbar zunächst noch mit der Anforderung konfrontiert, sich vom Rollenmodell der britischen Labour Party zu emanzipieren, aber auch die Folgen von Sanktionen und Boykotten für schwedische Arbeitsplätze zu bewerten. Der sich herausbildende Konsens schloss militante Aktionen nicht aus, wie 1968 die Verhinderung eines Davis Cup-Matches zwischen Schweden und dem damaligen Rhodesien. Gleiches gilt für scharfe innenpolitische Kontroversen, die sich Ende der 1960er Jahre am Cabora Bassa-Projekt in Moçambique entzündeten; hier gelang es, die Beteiligung des schwedischen ASEA-Konzerns zu verhindern.

Der zweite Band von Sellströms Studie dokumentiert sehr detailliert die Unterstützung der einzelnen Organisationen bis zur Erreichung der Mehrheitsherrschaft in Südafrika 1994. Die Fülle einzelner Vorgänge mag auf den ersten Blick übertrieben erscheinen, doch zeigt die weit sparsamere Dokumentation in den Beiträgen aus Norwegen und Finnland, dass durch ein abstrakteres Vorgehen wichtige Aspekte verloren gehen, nicht zuletzt Selbstzeugnisse und ambivalente Einschätzungen. Über die eindrucksvollen Summen, die über die Jahre bewegt wurden – insgesamt allein über SIDA mehr als 1,7 Mrd. Schwedenkronen zu laufenden Preisen (900) – hinaus entsteht so ein Bild intensiver politischer und gesellschaftlicher Interaktion. Der Band ist nach den grob chronologisch aufeinander folgenden Schwerpunkten der Zusammenarbeit gegliedert. Auf PAIGC, FRELIMO und MPLA folgen ZANU und ZAPU, SWAPO und schließlich ANC sowie andere südafrikanische Organisationen. Dabei geht es über weite Strecken um die Form der Unterstützung: Sachlieferungen, Beschaffungsvorgänge, Barauszahlungen, Abrechnungsmodalitäten, Form der Verhandlungen über die jeweiligen Anträge usw. Diese Formalia sind von größter Bedeutung, zeigt sich doch in ihnen die Herausbildung vertrauensvoller Beziehungen, aber auch die allmähliche Anerkennung der Partnerorganisationen durch die schwedische Seite als „Regierungen im Wartestand“, wie es der jetzige Präsident Südafrikas, Thabo Mbeki im Interviewband formuliert (155). Das schließt nicht zuletzt auch die Einübung von Verwaltungsroutinen als eines unerlässlichen Bestandteils von demokratischen Verfahrensweisen und Verantwortlichkeit ein, wie Bengt Sävje-Söderbergh an gleicher Stelle aufgrund seiner langjährigen Praxis betont (339).

In Fragen der Abrechnung kam es dementsprechend verschiedentlich zu Spannungen zwischen den schwedischen Stellen und Repräsentanten der Exilorganisationen. Dies hat offenbar das gegenseitige Vertrauen nicht erschüttern können, das auch in den sehr differenzierten Ansätzen zur Unterstüt-

zung in jedem einzelnen Fall beigetragen hat. Da die Flüchtlinge aus Südafrika, die sich dem ANC angeschlossen hatten, nicht in Lagern lebten, stellten sich andere Probleme bei ihrer Versorgung, die über die jeweiligen schwedischen diplomatischen Vertretungen geregelt wurde – in dem Maße, wie Südafrika während der 1980er Jahre seine Nachbarn zwang, die Bewegungsfreiheit der Exilierten einzuschränken oder die Anwesenheit des ANC ganz zu unterbinden, oft am Rande oder jenseits der Legalität. Diese Probleme stellten sich erst recht bei der nur dem ANC in dieser Form gewährten „Heimatfront“-Komponente, mit der im Wesentlichen mit Billigung der Exilführung Gruppierungen in Südafrika selbst unterstützt wurden. Vor allem während der 1980er Jahre mit dem Aufschwung der United Democratic Front und der großen Gewerkschaften ist dies kaum zu überschätzen. In Namibia wurden vergleichbare Initiativen vor allem über die Kirchenorganisationen abgewickelt. Eine Art nordischer Arbeitsteilung ergab sich in der Förderung der vom ANC in Zambia und Tanzania betriebenen Ausbildungsstätten und Farmen, wo u.a. die Förderung der Bautätigkeit weitgehend von Norwegen übernommen wurde. In Südafrika folgte auf diese Phase die lange Periode des Übergangs zur Mehrheits-herrschaft, die von komplexen Verhandlungsprozessen und einer Explosion großenteils durch das Regime inszenierter Gewalt geprägt war. Schweden erhielt seine Unterstützung für den ANC aufrecht, die nun zunehmend nach Innen verlagert wurde. Zugleich war – ähnlich wie bei SWAPO wenige Jahre zuvor, wenn auch aus anderen Gründen – der schnelle Verfall der im Exil aufgebauten Infrastruktur zu beklagen.

Diese Andeutungen verweisen bereits auf eine Grundstruktur der offiziellen und direkten schwedischen Unterstützung für Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika: Mit Ausnahme von Zimbabwe richtete sich diese Unterstützung jeweils nur auf eine Organisation pro Land. Dabei spielte die Anerkennung durch die OAU eine wesentliche Rolle. So konnte die später im Kontext Namibias weitgehend marginalisierte SWANU Anfang der 1960er Jahre in Schweden eine Präsenz durch die Anwesenheit teilweise noch heute bekannter Vertreter aufbauen, die dort zu studieren begannen; die OAU entzog der Organisation jedoch wenige Jahre später die Anerkennung, weil sie keine Perspektive des bewaffneten Kampfes nachweisen konnte. SWAPO blieb als einzig glaubwürdige Partnerorganisation. Während sich der formal neben dem ANC für Südafrika von der OAU anerkannte PAC nach 1960 durch zuweilen gewaltsam ausgetragene interne Machtkämpfe im Exil und ein unzuverlässiges Finanzgebaren weitgehend selbst disqualifiziert hatte, lagen die Dinge in Angola weit komplizierter. Hier gab es unter den im schwedischen Parlament vertretenen nicht-sozialistischen Parteien starke Tendenzen, neben MPLA auch die FNLA zu unterstützen, was zu öffentlichen Debatten führte; die später im Rahmen der südafrikanischen Destabilisierungsstrategie vor allem ins Blickfeld gerückte UNITA dagegen konnte zu keinem Zeitpunkt Glaubwürdigkeit in Schweden beanspruchen. Zimbabwe erweist sich bei alledem als Sonderfall, weil hier zwei Organisationen unterstützt wurden, die damit beide als glaubwürdiger Ausdruck der Befreiungsbewegung Anerkennung fanden. Zugleich wirkten die schwedischen Partner jedoch auf ZANU und ZAPU ein, ihre Differenzen im Interesse einer übergreifenden Aktionseinheit zu überbrücken. Der von Bischof Abel Muzorewa geführte UANC erreichte ebenso wenig wie die im Rahmen der internen Lösung der späten 1970er Jahre von ZANU abgesplitterten Gruppen schwedische Unterstützung.

Daraus ergibt sich nicht allein die im Interviewband ausführlich erörterte Frage, warum Schweden damit bis auf ZANU hauptsächlich solche Organisationen unterstützt hat, die zugleich auch durch die Sowjetunion Anerkennung als authentische Befreiungsbewegungen genossen. Hier wird insgesamt einleuchtend mit der Verankerung dieser Organisationen in den jeweiligen Gesellschaften wenigstens während des Zeitraums argumentiert, in dem sie intensiv unterstützt wurden. Zugleich aber stellt sich die grundsätzliche Frage nach dem Begriff der Befreiungsbewegung selbst. So wurde nicht nur die von

der OAU ausgehende Fixierung auf den bewaffneten Kampf übernommen und insgesamt einleuchtend damit gerechtfertigt, Außenstehende dürften denen, die um nationale Selbstbestimmung kämpfen, nicht die Mittel ihres Kampfes vorschreiben, während die Lieferung militärischen Geräts ausdrücklich von der regierungsamtlichen Unterstützung ausgenommen blieb. Gerade in Verbindung mit dem anfänglichen OAU-Kriterium der befreiten Gebiete ergibt sich daraus jedoch eine Tendenz, begrifflich und politisch die Komponente des bewaffneten Kampfes zu privilegieren, auf Kosten jenes breiten Spektrums gesellschaftlicher Kämpfe, das nicht nur seine unverzichtbare Grundlage bildet, sondern auch die Fundamente einer lebendigen Zivilgesellschaft schaffen kann. Kontrastiert man die Entwicklungen im Südlichen Afrika *nach* der Befreiung, drängen sich Konsequenzen geradezu auf.

Hier geht es freilich vor allem um die schwedische Perspektive. Zwei miteinander verknüpfte Dimensionen sind dabei noch besonders zu betonen. Zum einen war die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und die „im wesentlichen einheitliche Position gegen Apartheid“ (II 461) als Teil des „breiten schwedischen liberalen Konsenses“ (II 562) parteiübergreifend weitgehend unbestritten. So überdauerte die Unterstützung für die Befreiungsbewegungen insgesamt drei Regierungswechsel unangefochten als wesentliches Element der Legitimität von Regierungshandeln. Wie Sellström verschiedentlich unterstreicht, ging es also nicht in erster Linie um Regierungspolitik per se, sondern diese entsprach einer starken und anhaltenden Strömung von unten. Andererseits begründete dies ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den Repräsentanten der Befreiungsbewegungen, bis hin zu Konsultationen in kritischen Situationen, wie etwa der Krise der MPLA Anfang der 1970er Jahre oder der schwierigen Lage des ANC nach dem Abschluss des Nkomati-Vertrages zwischen Südafrika und Moçambique 1984. Verstärkt wurde dies durch die Anwesenheit von teilweise sehr profilierten Personen als Vertreter der jeweiligen Organisationen in Stockholm. Wie eigene Kapitel deutlich machen, war all dies eingebunden in vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen: Kleidersammlungen durch religiöse Gemeinschaften, gewerkschaftliche Kontakte, breite kulturelle Aktivitäten sowie nicht zuletzt eine seit Beginn der 1970er Jahre neu formierte Solidaritätsbewegung, die immer wieder die Regierung neu antrieb. Das gilt zumal für den Themenbereich, wo das Bild des Konsensus etwas abzuschwächen ist: der Debatte über Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika, die die schwedische Regierung lange Zeit von bindenden UN-Beschlüssen abhängig gemacht hat, bis sie dann in verschiedenen Schüben mit dem 1987 beschlossenen Handelsboykott effektiv und umfassend in Kraft gesetzt wurden. Ähnlich verhielt es sich dann mit der Aufhebung der Sanktionen 1993, als Schweden unter einer konservativ geführten Regierung weitgehend den Vorstellungen des ANC folgte, der vehement gegen eine voreilige Lockerung argumentierte.

Die Beiträge über Norwegen und Finnland sind nicht nur anders strukturiert, sie verweisen auch auf je spezifische Ausgangssituationen. Im Fall Norwegens ist dies einerseits die Erfahrung der Besatzung durch Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg, die Parallelen zum Apartheidregime nahe legte und andererseits die NATO-Mitgliedschaft des Landes, die vor allem die Parteinahme für die Bewegungen gegen die portugiesische Kolonialherrschaft anfangs erschwert hat. Insgesamt setzte die Auseinandersetzung mit der Lage im Südlichen Afrika deutlich später ein als in Schweden; wichtig war dabei die Nobelpreisverleihung an Albert Luthuli, hinzu kamen wie bei allen skandinavischen Ländern die Anforderungen der Mitgliedschaft in UN und periodenweise im Weltsicherheitsrat. Ähnlich wie in Schweden auch wurde die direkte Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch Hilfe für Flüchtlinge und Studenten vorbereitet, jedoch scheint die Verbindung des Regierungshandelns mit der Zivilgesellschaft weniger ausgeprägt gewesen zu sein. Die zentrale staatliche Stelle war nicht wie in Schweden die Entwicklungsagentur, sondern das Außenministerium. Die zunehmende Beteiligung an der direkten

Unterstützung der Befreiungsbewegungen folgte in vielerlei Hinsicht dem schwedischen Beispiel, auch im Sinne einer Arbeitsteilung bei gemeinsam für notwendig erachteten Projekten wie der Schule des ANC in der Nähe von Morogoro in Tanzania. Jedoch hielt Norwegen sich aus den riskanteren schwedischen Aktionen zumal an der „Heimatfront“ Südafrikas strikt heraus. Auch setzte Norwegen teilweise andere Schwerpunkte und unterstützte längere Zeit neben dem ANC auch den PAC. Insgesamt wird hier immer wieder die enge Kooperation der skandinavischen Länder unter einander, verbunden mit einer gewissen Rivalität herausgestellt. Eine wichtige Rolle für die Herausbildung und Reproduktion des innernorwegischen Konsenses zum Südlichen Afrika spielten neben den Friedensnobelpreisen für Luthuli, Tutu und Mandela verschiedene internationale Konferenzen zum Südlichen Afrika, bei denen Norwegen oder norwegische Organisationen als Organisatoren und Gastgeber auftraten und von denen wichtige Impulse in die Debatte in Norwegen selbst ausgingen.

Eher stärker als bei Sellström wird in verschiedenen Beiträgen dieses Bandes die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen, in erster Linie dem Außenministerium herausgearbeitet. Das gilt insbesondere für die recht ausführliche Analyse des Norwegian Council for Southern Africa (NOCOSA), das eine kontinuierliche Lobby-Arbeit in sehr viele Richtungen, einschließlich etwa der Gewerkschaften entwickelte. Hierbei war die Frage der Handelssanktionen noch stärker umstritten als in Schweden, weil einflussreichen norwegischen Reedereien und ihren Verbänden das Öltankergeschäft mit Südafrika als Erwerbszweig wichtig genug war, Sanktionsbeschlüsse immer wieder zu hintertreiben und zu verwässern. Das zivilgesellschaftliche Engagement wird auch in einer kurzen Analyse der lokalen Initiative zur Namibia-Solidarität in der Stadt Elverum in Südnorwegen illustriert. Freilich bleibt bei alledem vieles skizzenhaft, und häufig macht sich hier die offenkundige Tatsache bemerkbar, dass Autorinnen und Autoren der Einzelbeiträge eigene längere Arbeiten zusammenfassen. Der Versuch des Herausgebers, abschließend stärker analytische Gesichtspunkte vorzubringen, bleibt bei einer guten Zusammenfassung stecken. So sind viele Einzelaspekte eigentlich nur vor dem Hintergrund von Sellströms detaillierter Darstellung voll zu würdigen, die so über den Einzelfall hinaus exemplarischen Charakter erhält.

Das gilt mehr noch für die finnische Studie, die wiederum monographisch verfährt, aber im Textumfang weniger als die Hälfte der norwegischen ausmacht, weil im Anhang noch einige Interviews abgedruckt sind, u.a. mit Martti Ahtisari, damals finnischer Staatspräsident, zuvor u.a. UN-Kommissar für Namibia während der langen Zeit des Kampfes um die Durchführung der UN-Sicherheitsratsresolution Nr. 435 von 1978. Ausgangspunkt ist auch hier die spezifische internationale Lage Finnlands, das nach seiner Beteiligung am Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite nicht nur wirtschaftlich ausgeblutet war, sondern auch einen Neutralitätsstatus zu beachten hatte, der nur einen engen außenpolitischen Spielraum ließ und zugleich reichlich Argumente für konservative Beamte und Diplomaten lieferte, die vor „Einmischung“ in innere Angelegenheiten anderer Staaten und der damit verbundenen Gefährdung der eigenen Souveränität warnten. Solche Aussagen und Berichte, verbunden mit der Weitergabe der Sichtweise der Kolonialherren und Apartheidpolitiker werden hier – ebenso wie in den anderen Beiträgen – für die Zeit bis Mitte der 1960er Jahre in beeindruckender Fülle zitiert. Andererseits hatte Finnland mit der Mission in Nordnamibia (Ovamboland) einen wichtigen Bezugspunkt im Südlichen Afrika, der offenbar hier eine noch größere Rolle spielte als in Schweden und Norwegen. Ähnlich wie die norwegische bewegte sich auch die finnische Diplomatie über die Anforderungen im Rahmen der Vereinten Nationen auf eine aktivere Rolle hinzu, die schließlich mit der herausgehobenen Rolle Ahtisaris durchaus auch im Kontext nationalen Ehrgeizes zu sehen war. Nachdem bis um 1970 herum die Unterstützung der Befreiungsbewegungen hauptsächlich ein Thema der Studentenbe-

wegung und der Linken gewesen war, gelang es schließlich, eine umfassende Neuorientierung zu erreichen, die nur durch „Druck aus allen Bereichen der finnischen Gesellschaft von rechts bis links“ möglich gewesen ist (101). Auch hier war die sich dann während der 1970er Jahre anbahnende direkte Zusammenarbeit also auf einen nationalen Konsens gegründet, der sicher ebenfalls Einiges dem Prinzip „nordischer Kooperation“ (122) verdankte. Auch in Finnland war die Boykottfrage Gegenstand intensiver Kontroversen, wobei die eigenständige Initiative der Transportarbeitergewerkschaft hervorsteicht, die im Oktober 1985 den Stillstand durch einseitiges Handeln durchbrach.

Interpretiert wird dies in diesem Band als Beleg für die Möglichkeit idealistischer, von zivilgesellschaftlichen Instanzen entschieden verretener Positionen, die in aller Regel vorherrschende realpolitische Orientierung staatlicher Außenpolitik zumindest zu modifizieren. Dabei spielt die Orientierung auf Bürger- und Menschenrechte notwendig eine wichtige Rolle. Allerdings leidet dieser Band deutlich unter der methodischen Schwäche, dass allzu oft Tatsachenbehauptungen durch Interviewzitate belegt werden, wo man eigentlich einen Aktenverweis erwartet hätte – auch hier standen die Archive zur Verfügung, werden aber eher sparsam zitiert. Auch sonst entsteht oft der Eindruck, es werde eher der jeweilige – kirchliche, gewerkschaftliche, NGO- – Diskurs reproduziert, und analytische Überlegungen wie die angedeuteten wirken recht aufgesetzt.

Die Orientierung auf allgemeine Wertvorstellungen, wie sie mit Menschenrechten oder auch dem Selbstbestimmungsrecht angesprochen sind, ist jedoch ganz selbstverständlich ein übergreifendes Thema. Das wird besonders auch in dem bereits gelegentlich erwähnten Interview-Band deutlich, der zugleich durch das breite Spektrum der Gesprächspartner besticht, von denen viele sich außerordentlich offen, reflektiert und ausführlich äußern. Es sollen hier nur „Pik“ Botha, Dirk Mudge, Holden Roberto und Abel Muzorewa als Beleg genannt werden, dass inklusiv und ohne Scheuklappen verfahren wurde, wenn die Mehrzahl der Gesprächspartner natürlich auch ehemalige schwedische Kooperationspartner waren. So entsteht ein einzigartiger Quellenband. Und der Interview-Band repräsentiert einen weit breiteren Konsens, als die neuere Rhetorik mancher aus Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika hervorgegangener Präsidenten vermuten lassen würde. Es geht, auch wenn das nicht ständig erwähnt wird, ganz einfach um einen wesentlichen Bestandteil der gemeinsamen Geschäftsgrundlage und Ausgangspunkt vertrauensvoller Zusammenarbeit, schwerlich um ein imperialistisches Konstrukt wie dies neuerdings in legitimatorischer Absicht behauptet wird. Konsequenterweise wird auch in den Analysen der praktischen Zusammenarbeit nicht verschwiegen, dass es im Rahmen des „struggle within the struggle“, also anlässlich von Fraktionsauseinandersetzungen zu teilweise schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Sellström widmet der sogenannten Shipanga-Affäre 1976 und der „Spionage-Affäre“ der 1980er Jahre, die beide der Glaubwürdigkeit von SWAPO auf dem Gebiet der Menschenrechte schweren Schaden zugefügt haben, ein ganzes Kapitel, und das Problem wird in den anderen Beiträgen ebenfalls erwähnt. Gerade hier zeigt sich der Vorzug einer detaillierten, mit Aktenzitate belegten Darstellung, die letztlich die große Zurückhaltung Schwedens belegt, aber die Dissidenten ausführlich zu Wort kommen lässt.

Irritierend muss wirken, wenn der finnische Ko-Autor Peltola von Sellström zitiert wird, es habe im größten SWAPO-Lager in Kwanza Sul in Angola „ab 1983 eine paranoide Atmosphäre (ge)herrscht“ (333), andererseits der finnische Beitrag die von SWAPO vorgetragene Begründung für die Vorkommnisse einfach übernimmt, es habe sich um südafrikanische Spione gehandelt (131). Diese Position wird von Ahtisari noch verstärkt, der pauschal auf die Kriegssituation verweist, in der man es eben nicht so genau nehmen konnte. Hierher gehört vermutlich die Grundsatzentscheidung, sich auf die Unterstützung von Organisationen einzulassen, die für sich beanspruchten, „einzige und authentische Vertreter“

ihrer Völker zu sein. Die Behandlung als „Regierung im Wartestand“ unterstrich dies. Die Folgen sind erheblich, bis hin zur faktischen Suspendierung demokratischer Verhältnisse bis nach dem siegreichen Ende, wie besonders Ottilie Abrahams eindrucksvoll deutlich macht, die aus der Gründungsgeneration von SWAPO stammt, jedoch schon frühzeitig in Opposition stand und am Ende zwischen allen Stühlen gelandet ist. Nicht zufällig beklagt sie auch die sprachliche Identifizierung der „Bewegung“ mit einer einzigen „Partei“ (59).

Angesichts von nahezu 2000 Seiten in insgesamt durchaus nützlicher Weise bedruckten Papiers mag es irritieren, wenn abschließend auf eine große thematische Lücke hingewiesen wird, die auf die Grundkonzeption des Gesamtwerks zurückgehen dürfte, aber auch aussagekräftig für die insgesamt sehr zurückhaltend vorgetragene analytische Position sein dürfte, die in dem ganzen Unternehmen zum Ausdruck kommt. Die Darstellung bricht jeweils mit dem Erreichen der Unabhängigkeit bzw. der Mehrheitsherrschaft ab, oder wenigstens verschiebt sich die Perspektive auf die Rolle der unabhängigen Staaten als Frontstaaten, in denen noch kämpfende Befreiungsbewegungen agierten und vor allem angesichts der südafrikanischen Destabilisierungspolitik immensen Schwierigkeiten ausgesetzt waren. Nun hat natürlich alles irgendwo seine Grenze, auch die Arbeitsfähigkeit eines Autors, der hier in einem Fall nahezu 1500 Seiten produziert hat. Dennoch entsteht der Eindruck des abschließenden Erfolges, etwa mit der Einladung der Vertreter der verschiedenen Kooperationspartner zur Unabhängigkeitsfeier. So sagt denn auch Pierre Schori, lange Jahre in wichtigen Funktionen der schwedischen Sozialdemokratie und Regierung mit der Solidaritätsarbeit befasst, im Interviewband aus der Perspektive von 1996: „Für Schweden ist Südafrika zweifellos die große Erfolgsgeschichte“ (335). Das ist verständlich, aus der Perspektive der seit Erreichen der Mehrheitsherrschaft eingetretenen widersprüchlichen Entwicklungen aber bestenfalls einseitig. Mehr noch als eine Problematisierung an dieser Stelle wäre vielleicht ein Folgeprojekt am Platz, das die skandinavische Kooperation mit den unabhängigen Staaten und dem demokratischen Südafrika untersucht.

Das Beispiel Skandinavien repräsentiert in seinen vielen, hier unmöglich auch nur anzudeutenden Facetten die faszinierende Erfahrung einer spezifischen Form internationaler Politik und Kooperation, zu der die „sehr lockere und herzliche“ Beziehung staatlicher Stellen zu Solidaritätsbewegung und NGOs ebenso gehörte wie die ebenfalls von Säve-Söderberg im Interviewband formulierte Grundaussage, „dass es eine Situation war, wo man ein wenig Anstand zeigen musste“ (340/338). Aus der Perspektive eines Landes, dessen Regierung von solchem Anstand – ebenfalls unabhängig von ihrer parteipolitischen Orientierung – immer weit entfernt gewesen ist, ist das ein einfaches und großes Wort. Und die Tatsache, dass sich die skandinavischen NGOs, aber eben auch die Diplomaten bei diesem Geschäft immer wieder dem Vorwurf konfrontiert sahen, „Terroristen“ zu fördern, gibt dem Ganzen eine nicht zu vernachlässigende aktuelle Note.